



Bezirk
Baden-Württemberg



Strategie Zukunft

60 Jahre

IG Metall Baden-Württemberg





**Ein Überblick über 60 aktive Jahre
von Rainer Fattmann
und von Kolleginnen und Kollegen vor Ort**

«1959 Bezirkskonferenz Mannheim»



Strategie Zukunft

60 Jahre

IG Metall Baden-Württemberg

INHALT

Grußwort Berthold Huber 4
 Einleitung Jörg Hofmann 6

Anfänge

Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 9
 Der Wiederbeginn gewerkschaftlichen Lebens 11
 Esslingen: Lothar Zimmermann – Ein Gefühl für die Gerechtigkeit 16
 Bis zur Gründung des IG Metall-Bezirks 19
 Bezirksleiter Hans Brümmer 20
 Bezirksleiter Siegmund Löwi 22
 Überblick Mitglieder-Statistik 25
 Balingen: «Rollkommando» gegen Gewerkschafter 28
 Mannheim: Max Diamant 30
 Ludwigsburg: Eugen Ochs 31

Aufschwung

Gewerkschaftspolitik im «Wirtschaftswunder» 32
 Metaller gegen Militarisierung 34
 Kampf um Lohn schärft das Bewusstsein 37
 Schwäbisch Hall: Josef Zeller 38

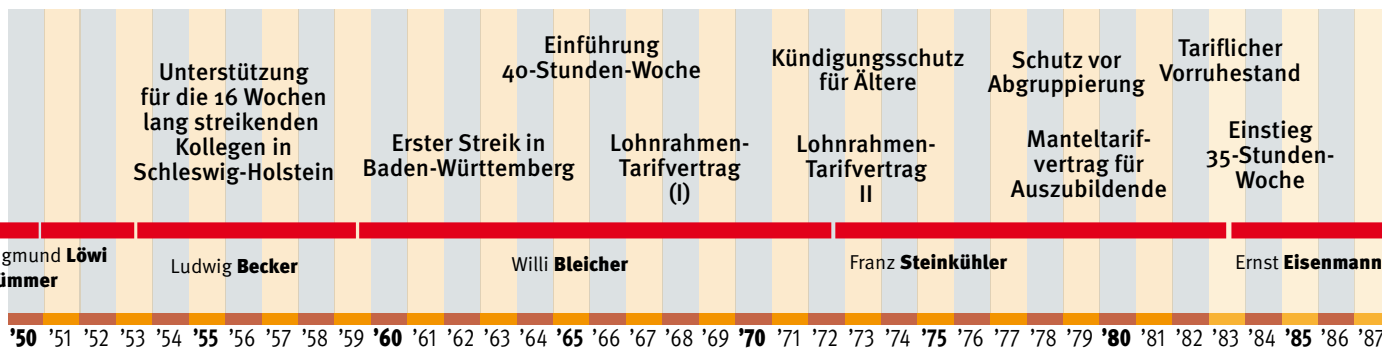
Bezirksleiter Ludwig Becker 39
 Die «Tariflokomotive» läuft an 40
 Gaggenau: von der Jugend- bis zur Seniorenarbeit 43
 Die IG Metall-Jugend 44
 Tarifpolitik bis zum «Ölpreisschock» 1973 48
 Bezirksleiter Willi Bleicher 56
 Friedrichshafen: «Visitationen» 58
 Albstadt: Gerhard Wrana 59
 Singen: Leo Wieser 60
 Villingen-Schwenningen: Verwaltungsstellen-Fusion '72 61
 Lohnrahmen I und II 62
 Lörrach: Jakob Reiter 64
 Mannheim: Herbert Lucy 65
 Villingen-Schwenningen: Streik in der Uhren-Industrie '63 66
 Mannheim: Karl Feuerstein 68
 Ludwigsburg: Margarethe Späth 69

Unter schwierigen Bedingungen

Nach dem «Ölpreisschock» 70
 Die sozialliberale Koalition 72
 Protest der IG Metall 74
 Stuttgart: Alois Süss 77
 Der Bezirk in den 70er- und 80er-Jahren 80

Ludwigsburg: Edgar Schmidt 83
 Frauen im Bezirk 84
 Neckarsulm: Audi 1975 88
 Bruchsal: Kündigung nach Gift-Meldung 92
 Tarifpolitik in den 70er- und 80er-Jahren 93
 Bezirksleiter Franz Steinkühler 97
 Ulm: Videocolor 1981/82 98
 Bretten: Metaller verteidigen «Weiße Ware»-Produktion 100
 Drei Vorsitzende aus dem Bezirk: Loderer – Mayr – Zwickel 102
 Stuttgart: Frauenaktion 104
 Ludwigsburg: Uwe Bordanowicz 105
 Schramberg: Das lange Kämpfen für die Uhrenindustrie 108
 Offenburg: Alu-Neumair wird 1982 besetzt 110
 Gerstetten: Kampf um Arbeitnehmerrechte 1985 112
 Pforzheim: Illegale Leiharbeit 114
 Bezirksleiter Ernst Eisenmann 115
 Waiblingen: Betriebsräte und die vergifteten Arbeitsplätze 116
 Heidelberg: Ein zweifelhafter Arbeitsmediziner 118
 «Tatort Betrieb» 120

Wichtige Tariferfolge:



Bezirksleiter:

Sigmund **Löwi**
 Hans **Brümmer**

Ludwig **Becker**

Willi **Bleicher**

Franz **Steinkühler**

Ernst **Eisenmann**

'50 '51 '52 '53 '54 '55 '56 '57 '58 '59 '60 '61 '62 '63 '64 '65 '66 '67 '68 '69 '70 '71 '72 '73 '74 '75 '76 '77 '78 '79 '80 '81 '82 '83 '84 '85 '86 '87

Neue Herausforderungen

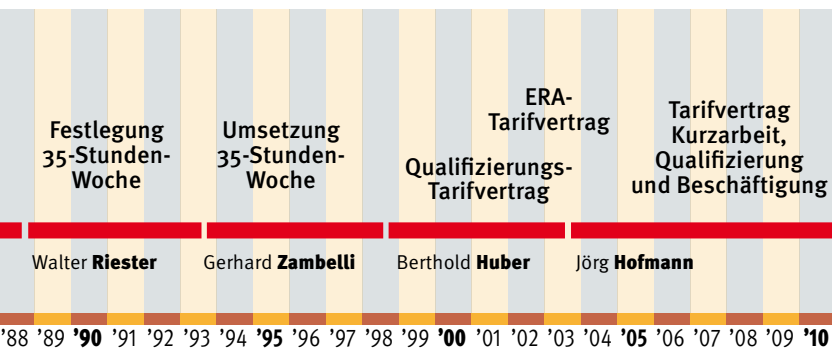
Die Wende 1989/90 und die Folgen der Globalisierung.....	122
Massenarbeitslosigkeit	123
Singen: Internationale Gewerkschaftsarbeit	124
Heilbronn/Neckarsulm: IGM stößt Denkprozesse an	128
Göppingen: Keine Maschinen für Diktatoren!.....	130
Karlsbad: Aufstand bei Becker	132
Freiburg: Streik im Kfz-Handwerk	134
«Bündnis für Arbeit»	135
Bezirksleiter Walter Riester	136
Reutlingen/Tübingen: Arbeitsplätze immer wichtiger	141
Verwaltungsstellen im Wandel	142
Bezirksleiter Gerhard Zambelli	144
Calw: Bauknecht schließt	145
Albstadt: Entwicklung der Textilindustrie	146
Rot-grüne Koalition: Enttäuschte Erwartungen	148
Westhausen: Aufstand rettet Jobs ...	150
Der Bezirk nach 1990	152
Tarifpolitik in den 1990er-Jahren ...	155
Bezirksleiter Berthold Huber	156
Tarifpolitik im neuen Jahrtausend ..	160

Gaggenau: Beschäftigte stimmen über Unimog ab	161
ERA-Tarifvertrag	162
Tarifvertrag für Qualifizierung	164
«Pforzheimer Abkommen»	166
Bezirksleiter Jörg Hofmann	167
Kehl: Streik bei Drahtwerken.....	168
Walldorf: Erfolg bei SAP	170
Freiburg: NPD-Aufmarsch verhindert	172
Mannheim: 100 Jahre Abkommen, 20 Jahre Medaille	174
Tauberbischofsheim: Aktiv für Altersteilzeit	176
Altensteig: Auch kleinere Betriebe sind kampfbereit und -fähig	178
Mannheim: Erfolgreicher Widerstand bei Alstom Power	179
Karlsruhe: Die längste Betriebsversammlung aller Zeiten	182
Stuttgart: Kampf um Arbeitsplätze	184
Quellenangaben, Literaturhinweise.....	186
Ulm: EvoBus	187
Impressum.....	189

Dieses Buch bietet vor allem zweierlei Sorten von Lesestoff:

zum einen den geschichtlichen Überblick von Rainer Fattmann. Er macht Zustände und Entwicklungen der vergangenen sechs Jahrzehnte sichtbar und stellt die Ereignisse rund um die IG Metall in Baden-Württemberg in den jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen dar. Optisch erkennbar ist seine Arbeit am Schriftbild, im dem auch diese Zeilen gestaltet sind.

Mit anderer Schrift und anderem Hintergrund sind die vielen Beiträge aus den Verwaltungsstellen der IG Metall in Baden-Württemberg dargestellt. Sie beschreiben Personen und Ereignisse, die die Arbeit vor Ort geprägt haben und prägen – ein spannendes und vielfältiges Mosaik voller Leben, das viele Autorinnen und Autoren zusammentrugen.



Bezirk
Baden-Württemberg



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

Die IG Metall in Baden-Württemberg hat allen Grund, stolz zu sein. Zahlreiche Erfolge säumen den Weg der zurückliegenden sechzig Jahre. Nicht selten haben sie die Gewerkschaftsbewegung über die Grenzen des Bezirkes hinaus geprägt. Schon früh konnte eine starke Verankerung in der Schlüsselindustrie des Landes, der Metall- und Elektroindustrie erreicht werden. Mit der Kraft ihrer

Mitglieder wurden von der IG Metall im Südwesten zahlreiche wegweisende Tarifabschlüsse eingefahren und gelangen einige große und viele kleine Schritte auf dem Weg zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Auch der Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde in Baden-Württemberg besiegelt.

An Streit- und Kampfeslust hat es den Metallerrinnen und Metallern in all den Jahren ebenso wenig gemangelt wie an Kompromissfähigkeit. Dort wo sich Arbeitgeber aus purer Ideologie oder Kurzsichtigkeit in den Weg stellten oder sinnvollen Lösungen verweigerten, wurde Flagge gezeigt und wurden Lösungen gefunden. Dieses Selbstbewusstsein macht den Bezirk aus.

Ohne Übertreibung lässt sich feststellen, die Metall- und Elektroindustrie ist im Südwesten so stark und so erfolgreich nicht trotz, sondern gerade wegen der starken Rolle der IG Metall und der guten Tarifverträge.

Zahlreiche legendäre Tarifschlachten wurden im Ländle ausgefochten und entschie-

den. Führende Köpfe der bundesdeutschen Arbeiterbewegung hatten und haben hier ihre Wurzeln, ihre politische Heimat, wurden im Südwesten geformt und geprägt. Schon früh war zu erkennen, dass Tarifpolitik und gewerkschaftliche Arbeit unmittelbar mit und bei den Menschen stattfinden muss. Darin lag und liegt das Geheimnis des Erfolges.

Und die Arbeit der IG Metall wurde im Südwesten von Anfang an als mehr gesehen, als das Streiten um mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen. Bereits Willi Bleicher schlug einen Weg ein, der Tarifpolitik als Mittel nutzte, um die Würde des arbeitenden Menschen unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu wahren und einen gerechteren Anteil an den von ihnen geschaffenen Werten durchzusetzen.

Das mag heute vielleicht antiquiert und altmodisch klingen. Aber es war eine starke Antriebskraft gewerkschaftlicher Politik. Und es war der Grundstein für eine Tarifpolitik, die noch heute unter dem Begriff «qualitative Tarifpolitik» fortgeführt wird. Einen Weg einzuschlagen ist das eine. Ihn auch konsequent zu gehen das andere. Damit eine Gewerkschaft ihren Weg konsequent gehen und jeden Tag auf's Neue für die Interessen der abhängig Beschäftigten streiten kann, muss sie Menschen gewinnen. Nur dann ist sie stark. Diese Verankerung bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben ist die Stärke der IG Metall in Baden-Württemberg.

Diesen fruchtbaren Boden gilt es auch in Zukunft zu bewirtschaften. Dann kann der eingeschlagene und erfolgreiche Weg konsequent fortgesetzt werden. Um sich dafür zu motivieren, lohnt sich ein Rückblick, lohnt es sich, die Geschichte und die Erfolge Revue passieren zu lassen. Das hilft, Kraft und Motivation zu tanken, für die Herausforderungen, die vor der IG Metall Baden-Württemberg liegen.





Jörg Hofmann
Bezirksleiter der IG Metall
Baden-Württemberg

Die Geschichte der Arbeitnehmerbewegung in Deutschland ist eine wechselvolle. Die IG Metall im Südwesten hat dabei immer eine herausragende Rolle gespielt und stets auf die «Strategie Zukunft» gesetzt. Die Stärke liegt im Betrieb, in der Verankerung bei den Beschäftigten, in dem Engagement der Vertrauensleute und Betriebsräte.

Nie hat die IG Metall Baden-Württemberg einen Zweifel daran gelassen, dass der Betrieb das zentrale Handlungsfeld gewerkschaftlicher Arbeit ist. Ohne die notwendige Verankerung im Betrieb kann weder erfolgreich Tarifpolitik gemacht noch gesellschaftspolitische Einflussnahme durchgesetzt werden. Das spiegelt sich nicht zuletzt in der hohen Mobilisierungsfähigkeit des Bezirks bei tarif- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen wider. Immer wenn es gilt, greift hier das Prinzip «Gemeinsam sind wir stark».

Voraussetzung hierfür ist die Arbeit in den Verwaltungsstellen und deren Flächenpräsenz in allen Regionen des Landes. 60 Jah-

re IG Metall Baden-Württemberg kann daher auch nur als Geschichte der engagierten Kolleginnen und Kollegen geschrieben werden, die in Betrieben und Verwaltungsstellen unsere Politik mitgestaltet haben.

In den vergangenen 60 Jahren haben wir die Tarifpolitik der gesamten IG Metall nachhaltig geprägt. Angefangen mit dem Arbeitskampf 1963, bei dem mehr als 100.000 Kolleginnen und Kollegen für mehr Lohn und die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden streikten. Damals stellten die Metallerinnen und Metaller ihre Kampfkraft unter Beweis. Mit Erfolg. Denn ihr Selbstbewusstsein wurde auch durch eine Aussperrung von 270.000 Beschäftigten durch die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie nicht gebrochen.

Nur drei Jahre später wurde der erste Lohnrahmentarifvertrag erkämpft, 1971 folgte ein weiterer Streik, diesmal um Lohnprozente. Und wieder sperrten die Unternehmer aus. Damals prägte Willi Bleicher in einer emotionalen und leidenschaftlichen Rede vor

über 40.000 Metallerrinnen und Metallern den heute legendären Satz: «Millionen sind stärker als Millionäre».

Der Lohnrahmentarifvertrag II, die Alterssicherung und die Erholzeitpause wurden 1973 mit einem weiteren Streik durchgesetzt. Die Regelungen markierten einen Meilenstein einer qualitativen Tarifpolitik. Für einen Schutz gegen Abgruppierung streikten 1978 über 80.000 Gewerkschafter. Die Gegenseite sperrte 150.000 Beschäftigte aus. Der Streik brachte einen Tarifvertrag und zusätzlich fünf Prozent mehr Einkommen.

Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche gelang nach sechs Wochen Arbeitskampf und einer insgesamt harten Tarifauseinandersetzung 1984. Er war ein gewaltiger Schritt hin zur Umsetzung dieses großen gewerkschaftlichen Projektes. Massive Proteste der Beschäftigten waren es auch 1997, die zur Sicherung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall führten.


Das vergangene Jahrzehnt ist ebenfalls voll von erfolgreicher Zukunftsarbeit. 2002 streikten erneut Zehntausende Metallerrinnen und Metallern für mehr Geld und setzten sich am Ende gegen halsstarrige Arbeitgeber durch. Mit dem Entgeltrahmen-tarifvertrag gelang es, das Entgeltsystem von Grund auf zu reformieren. Der Qualifizierungstarifvertrag sichert den Beschäftigten Chancen auf Weiterbildung.

Daneben wurden mit der Vereinbarung von Pforzheim Ausbildung, Beschäftigung und Investitionen zu Themen betriebsbe-

zogener Tarifpolitik. Der Tarifvertrag zu Arbeitszeitkonten war eine der Voraussetzungen dafür, dass die noch immer andauernde Wirtschaftskrise nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen hat. Weitere Bausteine hierzu waren die Tarifverträge «Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung» vom April 2009 und Februar 2010.

Diese Erfolge fußten auf der Mitglieder- und Organisationsstärke und der breiten Verankerung der IG Metall in den Betrieben. Hier nicht nachzulassen, den massiven Strukturwandel in der Beschäftigung auch in der Mitgliederstruktur nachzuvollziehen, dem demographischen Wandel durch eine verstärkte Werbung jugendlicher Mitglieder zu begegnen, werden die zentralen Herausforderungen auch der kommenden Jahre sein. Mitgliederwerbung und die Stärkung des Organisationsgrads in den Betrieben – dies ist und bleibt die politischste aller Aufgaben für eine erfolgreiche Interessenvertretung. In diesem Sinn setzen wir weiter auf unsere «Strategie Zukunft».





«Wir gingen mit großen Hoffnungen ans Werk. Es gab fast kein Haus, fast keine Familie, die nicht Tote oder Vermisste zu beklagen hatte. Als wir die Gewerkschaften wieder aufbauen wollten, waren keine Säle da, in denen man Versammlungen durchführen konnte. Bei den Besatzungsmächten mussten wir um Genehmigung ersuchen, wenn wir ein Flugblatt drucken wollten. Im Gewerkschaftshaus saß ein Besatzungsoffizier, der alles überwachte.»

*Willi Bleicher**

Instandsetzungsarbeiten bei Bosch in Feuerbach nach dem Ende des Krieges – als Rüstungsbetrieb war das Werk ein vorrangiges Ziel für alliierte Angriffe gewesen.

* zit. nach Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Baden-Württemberg (Hrsg.): 30 Jahre DGB. Bewährtes erhalten. Den Fortschritt erkämpfen, Filderstadt 1979, S. 8.

Anfänge:

Der Wiederaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die NS-Diktatur weite Teile Europas im wahrsten Sinn des Wortes in eine gigantische Trümmerwüste verwandelt. Eine Unzahl von Menschen, besonders die jüdische Bevölkerung des Reichs und der eroberten Gebiete und viele Millionen von Männern, Frauen und Kindern, vor allem aus Polen und der Sowjetunion waren der NS-Mordmaschinerie zum Opfer gefallen.

Hinzu kamen zig Millionen Gefallener und noch einmal zahllose Zivilisten, die in den Kampfhandlungen und Bombardierungen umgekommen waren. Selbst viele agrarisch geprägte Gebiete waren zum Kriegsende nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. Auf den Straßen und Wegen des Reichs und der ehemals besetzten Gebieten irrte ein Millionenheer entlassener KZ-Häftlinge, ehemaliger Soldaten und Vertriebener umher. Zwar waren «nur»



Einigkeit nach dem Untergang der Nazi-Diktatur: Mitbestimmung für die Beschäftigten muss her, Demokratie darf nicht am Werkstor haltmachen.



rund zehn bis zwanzig Prozent der industriellen Kapazitäten den alliierten Luftangriffen zum Opfer gefallen, doch hatte die Zerstörung der Verkehrswege, vor allem der Eisenbahnen und der Zusammenbruch der Kommunikationssysteme, das Wirtschaftsleben nahezu völlig zum Erliegen gebracht. Die seelischen Verwüstungen, die die NS-Herrschaft hinterlassen hatte, waren noch schwerer abzutragen als die materiellen Schäden. Und anders als nach dem Ersten Weltkrieg war das Reichsgebiet von den Siegern besetzt und in vier Besatzungszonen aufgeteilt worden, in denen sie die Regierungsgewalt ausübten und in denen sie auch die Richtung und vor allem das Tempo des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus vorgaben.

Der Wiederbeginn gewerkschaftlichen Lebens

Eine erste Betriebsversammlung nach dem Ende der Nazi-Herrschaft bei Daimler in Sindelfingen – links ein Ausschnitt, rechts das ganze Bild



Nachdem die Potsdamer Konferenz der Siegermächte im Juli/August 1945 die Neugründung von Gewerkschaften auch offiziell gestattet hatte, sahen sich die örtlichen alliierten Behörden in den folgenden Monaten einem wahren Antragsboom hinsichtlich der neuerlichen Zulassung von Gewerkschaften gegenüber. Einigkeit herrschte im Lager der Besatzungsmächte darüber, solche Neuzulassungen zunächst nur auf lokaler Ebene zu ermöglichen. Und tatsächlich kam es teilweise schon vor dem endgültigen Ende der Kampfhandlungen zu einer überraschenden Fülle von örtlichen Zusammenschlüssen der verschiedensten Art.

Allein im nördlichen Baden beispielsweise waren bis zum Jahresende 1945 bereits acht solcher Ortsausschüsse mit zusammen rund 60.000 Einzelmitgliedern gegründet worden. In Stuttgart hatten sich bereits am 27. April 1945, nur sechs Tage, nachdem die Stadt von französischen Truppen besetzt worden war,

ehemalige Gewerkschafter zu einer ersten Unterredung zusammengefunden und den Beschluss gefasst, der Besatzungsmacht ihre Mitarbeit zur Wiedereingangssetzung des öffentlichen Lebens anzubieten. Dieser ‚Stuttgarter Gewerkschaftsausschuss‘ war bereits am 2. Mai 1945 vom französischen Kommandanten empfangen worden.*

Wie in anderen Städten und Gemeinden auch, griffen die örtlichen Militäradministrationen zur Bewältigung der dringendsten ökonomischen und administrativen Tagesaufgaben zunächst bereitwillig auf die Mithilfe ehemaliger gewerkschaftlicher Funktionäre zurück. Im Juli erhielten die Gewerkschaften in den nördlichen Landesteilen Badens und Württembergs – die als Land Württemberg-Baden mittlerweile einen Teil der amerikanischen Besatzungszone

* Vgl. Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden, Bundesvorstand (Hrsg.), Bericht der provisorischen Gewerkschaftsleitungen über den Aufbau der Württembergischen und Badischen Gewerkschaften vom Mai 1945 bis August 1946, Stuttgart 1946, S. 6.

bildeten – das Recht, Mitglieder zu werben und Beiträge zu erheben.**

Beim Wiederaufbau des öffentlichen Lebens spielten die Gewerkschaften und ihre Vertreter bereits unmittelbar nach Kriegsende daher eine beträchtliche Rolle. Zunächst ging es in erster Linie darum, die primitivste Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und Aufbauarbeiten durchzuführen. Gewerkschafter beteiligten sich in vielfältiger Weise an der Wiedereinstandsetzung der kommunalen Versorgungssysteme und öffentlichen Einrichtungen und nicht zuletzt an der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung, Brennstoffen und Wohnraum. Auch in den provisorischen Arbeiterausschüssen, die sich häufig unter der Leitung ehemaliger Kreis- und Bezirksräte der Arbeiterparteien nach Kriegsende vielerorts gegründet hatten und die sich als Wortführer der örtlichen Nazigegner verstanden, wirkten zahlreiche ehema-

** Vgl. ebd., S. 9.

lige Funktionäre der Gewerkschaften mit. Nachdem die Militärregierung Württemberg-Badens die Bildung von Betriebsräten gestattet und die ersten Betriebsratswahlen schon im Herbst 1945 durchgeführt worden waren, bot sich den Gewerkschaftsmitgliedern ein weiteres Feld der Beteiligung: Dabei ging es zunächst nicht allein darum, die Interessen der Belegschaften gegenüber den Unternehmen wirksam zu vertreten; nötig war vielmehr, die fast gänzlich zum Erliegen gekommene Produktion schrittweise wieder in Gang zu setzen.

Einen bestimmenden Einfluss auf die Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse konnten die Gewerkschaften unter den Bedingungen der Besatzungszeit allerdings nicht gewinnen. Sozialistische Neuordnungsvorstellungen und insbesondere die von den Arbeitnehmerorganisationen wiederholt vorgetragene Forderung nach einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Banken hatten wohl in keiner der drei westlichen Zonen eine Verwirklichungschance. Wie sehr die Restriktionen der Besatzungspolitik die Handlungsspielräume der Gewerkschaften nach Kriegsende zunächst begrenzten, zeigte sich wohl in keinem Bereich so augenfällig wie in der Lohnpolitik. Denn zwar hatten

die ersten Direktiven der Besatzungsmächte nicht nur die Vereinigungsfreiheit, sondern auch die Tarifvertragsfreiheit im Prinzip wiederhergestellt, die «bisher geltenden deutschen Lohnfortsetzungen» freilich, so bestimmte es die maßgebliche Bekanntmachung des amerikanischen Oberbefehlshabers, sollten bis auf Weiteres in Kraft bleiben.** Angesichts des schon am 22. De-



Max Hartinger, Handwerkssekretär der IG Metall, als kämpferischer Redner bei einer Kundgebung.

zember 1944 verkündete «Lohnstopps» fielen die Reallöhne in den folgenden Jahren ins Bodenlose. Auf dem Schwarzen Markt sank der reale Wert der Löhne nahezu auf Null. Zwar gelang es den Gewerkschaften in den folgenden Jahren, die Besatzungs-

* Vgl. hierzu Paul Saur, Die Demokratisierung des kommunalen Lebens nach 1945 in Stuttgart, Stuttgart 1961.

** Angabe nach Ulrich Borsdorf/Hans Otto Hemmer/Martin Martiny (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, Historische Dokumente und Materialien, Köln/Frankfurt am Main 1977, S.269.



behörden in einigen Fällen zu einer Anhebung der Löhne zu drängen und zu meist auf betrieblicher Ebene eine Reihe von Abkommen über die Arbeitsbedingungen auszuhandeln, freie Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und damit eine schrittweise Ablösung der Tarifordnungen der NS-Zeit kamen jedoch erst nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Aufhebung des Lohnstopps durch den Wirtschaftsrat der deutschen Bizonen am 3. November 1948 wieder zustande;* mit dem Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949 fanden sie schließlich ihre rechtliche Grundlage.

* Allerdings war der Lohnstopp in der amerikanischen Besatzungszone bereits im April 1948 gelockert und Gewerkschaften und Arbeitgebern die Aushandlung der Löhne innerhalb gewisser Grenzen gestattet worden. In der zweiten Jahreshälfte handelten Industrieverbände und die Arbeitgeberseite in Württemberg-Baden, zumeist nach Aufhebung des Lohnstopps, nicht weniger als 211 Tarifverträge aus; sie führten im Schnitt zu Lohnverbesserungen von 12,0 Prozent für Facharbeiter, 18,2 Prozent für Hilfsarbeiter; die allerdings hinter den Bezügen der Männer weit hinterherhinkenden Frauenlöhne konnte sogar um durchschnittlich 20 Prozent aufgebessert werden; vgl. Seifert, Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden, S. 348.

Insgesamt stellte so der Kampf für eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse und gegen die Abwälzung der Lasten des Krieges allein auf die arbeitende Bevölkerung in den ersten Jahren nach Kriegsende das zentrale Aufgabengebiet der sich neu formierenden Gewerkschaftsbewegung dar. In allen Zonen bezogen die Gewerkschaften ein ums andere Mal gegen die ständige Steigerung des Preisniveaus, insbesondere bei den Lebensmitteln, aber auch bei den Post- und Eisenbahntarifen und den Strom-, Kohle- und Gaspreisen Stellung und forderten die Besatzungsbehörden auf, die Arbeitnehmervertreter am System der Preisüberwachung zu beteiligen. Zugleich wandten sich die Gewerkschaften entschieden gegen die von den Besatzungsbehörden betriebene Demontagepolitik, die in den einzelnen Zonen allerdings sehr unterschiedlich gehandhabt wurde. In der französischen Besatzungszone mussten die Arbeitnehmer noch bis in die zweite Hälfte des

Jahres 1949 wegen angekündigter Demontagen um ihre Arbeitsplätze bangen. Es war nicht zuletzt den ständigen Mahnungen, Interventionen und Appellen der Gewerkschaften zu verdanken, dass der ursprünglich geplante Umfang der Reparationsleistungen zumindest reduziert wurde.**

Vor diesem Hintergrund blieben auch öffentliche Proteste gegen die Politik der Besatzungsmächte nicht aus. Am 20. November 1947 legten rund 75.000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte sämtlicher Mannheimer Betriebe, mit Ausnahme der lebenswichtigen Versorgungseinrichtungen, die Arbeit nieder und versammelten sich in der Innenstadt, um gegen die schlechte Ernährungslage und die mangelhaften gewerkschaftlichen Kontroll- und Mitspracherechte zu demonstrieren.*** Anlässlich einer angekündigten wei-

** Vgl. hierzu insbes. Margit Unser, *Der badische Gewerkschaftsbund*, Marburg 1989, S. 135 – 141.

*** Vgl. ebd., S. 237f.



teren Kürzung der ohnehin äußerst knapp bemessenen Brot- und Fettrationen entschlossen sich Beirat und Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden in einer gemeinsamen Sitzung am 29. Januar 1948, ihre Mitglieder für den 3. Februar unter der Losung «Gegen den ungleich gedeckten Tisch» zum Generalstreik in ganz Württemberg-Baden aufzurufen. Im ganzen Land beteiligten sich knapp 100.000 Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte an öffentlichen Protestaktionen, die mittelbar einige Verbesserungen im Bereich der Lebensmittelversorgung nach sich zogen. Auch der Generalstreik der Beschäftigten in der mittlerweile vereinigten britisch-amerikanischen Bizone am 12. November 1948 ging auf eine angekündigte Erhöhung der Lebensmittelpreise zurück. Nicht weniger als 9,25 von etwa 11,7 Millionen Beschäftigten legten an diesem Tag die Arbeit nieder; in der französischen Zone allerdings herrsch-

te Streikverbot, ebenso wie in der Stadt Stuttgart.*

Zugleich forderten die Gewerkschaften vehement, die nur auf dem ersten Blick wie vom Erdboden verschluckte Schicht ehemaliger Nazifunktionäre von ihren Posten in Wirtschaft und Verwaltung zu entfernen. Die konkrete Mitwirkung der Gewerkschaften an der von den Alliierten in sehr widersprüchlicher Weise vorangetriebenen Entnazifizierung ist dabei allerdings nur wenig erforscht und schwer zu beurteilen. Sie wich in der Praxis von Ort zu Ort stark voneinander

* In Stuttgart hatte am 28. Oktober eine gut besuchte zentrale Kundgebung des Ortsausschusses der Stuttgarter Gewerkschaften stattgefunden, auf der ihr Vorsitzender – Hans Stetter – in einer kämpferischen Rede eine andere Wirtschaftspolitik gefordert hatte. Im Anschluss daran war es zu Handgreiflichkeiten zwischen Teilnehmern der Kundgebung auf der einen, amerikanischer Militärpolizei und deutschen Schupos auf der anderen Seite gekommen. Die Militärregierung reagierte mit einer Ausgangssperre und einem Versammlungsverbot für Stuttgart und Umgebung. Letzteres wurde erst im Dezember wieder aufgehoben. Vgl. hierzu Michael Fichter, Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsratsloyalität, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1990, S. 469 – 550, hier: S. 544f.

ab, ihre rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen waren, je nach Zone, mehrfachen Änderungen unterworfen. Sicherlich: In Entnazifizierungskomitees und Spruchkammern waren zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder als Einzelpersonen aktiv. Im Ergebnis jedoch erwies sich die «Säuberung» der Wirtschaft und Verwaltung, namentlich auch der Justiz, selbst von hoch belasteten Nazifunktionären und -profiteuren auch in den Augen vieler Gewerkschafter selbst schnell als «Pleite».**

** So die Bilanz zur Entnazifizierung in: «Der badische Gewerkschafter», 4. Jg., Nr. 9 vom 1. Mai 1949, S. 76, zitiert nach: Margit Unser, Der badische Gewerkschaftsbund, S. 181; zur Rolle der Gewerkschaftsvertreter bei der Entnazifizierung in Württemberg-Baden vgl. Christfried Seifert, Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945-1949, Marburg 1980, S. 89 – 99; eine genauere Schilderung der sehr begrenzten Erfolge des Stuttgarter Ortskartells und der Betriebsräte bei der Entnazifizierung der Betriebe im Großraum Stuttgart bietet auch Fichter, Aufbau und Neuordnung (gesamt); eine exemplarische Darstellung der Entnazifizierungsbemühungen des Betriebsrates der Robert-Bosch GmbH – und ihres Scheiterns – findet sich in: Betriebsrat der Robert-Bosch GmbH Stuttgart-Feuerbach, ...auch beim Bosch gibt's nichts umsonst, Stuttgart 2009, S. 59ff.

Ein Gefühl für die Gerechtigkeit

Ein persönlich gehaltener Rückblick von Lothar Zimmermann, lange Jahre Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Esslingen, später DGB-Landesvorsitzender und Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes

Mai-Tage 1945! Der mörderische Krieg war vorbei. Dort kam ich her: aus den Bombennächten und Ängsten. Mit einem begrenzten Wissen – welches die Nazis zugelassen hatten. Nichts wusste ich von der Gewerkschaftsbewegung, von politischen Parteien, von Weimar. Was bewegte, was beschäftigte mich, uns? Das war's: Woher das Essen, wo wohnen, was arbeiten.

In einer Pforzheimer Maschinenfabrik lernte ich den Beruf des Maschinen Schlossers. Erste Aufgabe: Maschinen entrosteten und funktionsfähig machen.

Sie wurden aus den Trümmern gezogen. In meinem Lehrbetrieb traf ich Gewerkschafter mit Erfahrungen aus der Weimarer Zeit. Sie lehrten mich, als IG Metalller zu denken und zu handeln.

Mit 27 Jahren wurde ich «hauptamtlicher Metalller»: Ich wurde und blieb 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Esslingen von 1956 bis 1972. Ein solidarisches Schlüsselerelebnis war für mich der erste große Lohn-Streik nach dem Krieg vom 29. April bis zum 11. Mai 1963. Am ersten Streiktag waren es 2.606, am zweiten 5.759 Arbeiter, die im Gebiet

der Verwaltungsstelle Esslingen streikten. Erstmals griffen die Unternehmer 1963 auch wieder zum Mittel der Aussperrung. 23.865 Metallarbeiter in der noch jungen Verwaltungsstelle Esslingen wurden ab dem 1. Mai 1963 ausgesperrt. Geschlossen wurde gehandelt im Lohnkampf und bei der Abwehr der Aussperrungsfolgen. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen waren voll solidarisch. Ein erfolgreicher Tarifabschluss konnte erreicht werden.

Wir engagierten uns für Arbeitszeitverkürzung, Lohnrahmentarifvertrag, mehr Urlaub, Einführung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes, Weihnachtsgratifikation. Dazu kamen Forderungen nach mehr Mitbestimmung und Verbesserung von Arbeitnehmerschutz und -rechten. Und der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, für aktive Friedenspolitik und gegen das Wiederaufleben des nazistischen Gedankengutes.



Kundgebung des Europäischen Gewerkschaftsbunds 1983 in Stuttgart, Lothar Zimmermann als Zweiter von links

Wir zählten auf, was mit Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Arbeit alles positiv veränderbar wäre – für die Gesundheit, für die Familie und die kulturelle Beteiligung der arbeitenden Menschen. Mit der analytischen Arbeitsbewertung wurden Können und Kenntnisse bewertet und Belastungen in der Arbeit sichtbar gemacht.

Vor allem Franz Steinkühler und Ernst Eisenmann haben diese Diskussionen angeführt. Bis heute gibt es kaum Vergleichbares und in vielen Bereichen des Wirtschafts- und gesellschaftlichen Lebens haben diese Argumentationsketten Eingang gefunden. Ein großer Gewinn für uns alle.

Die Organisationsarbeit in den 1950er und -60er-Jahren führte auch in den privaten Bereich der Familien, um zum Beispiel die kassierten Beiträge an Samstagen abzuholen. Da gab es dann auch Kaffee und Kuchen, Gastfreundschaft eben, und daraus entwickelten sich noch heute bestehende Freundschaften.

Das Organisationsleben fand überwiegend nach Feierabend statt, oftmals in verräucherten Hinterzimmern von Gaststätten. Heute kann man sich kaum noch vorstellen und daran erinnern, wie oft wir mit Themen über den Konsum (später Coop), über die «Neue Heimat», Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), «Al-

te Volksfürsorge», konfrontiert wurden. Wie viel Kraft und Einsatz blieb dabei auf der Strecke, versandete einfach.

Versammlungsräume wurden abgeschlossen, wenn ich in eine Betriebsversammlung völlig legal nach dem Betriebsverfassungsgesetz gehen wollte. Betriebsverbot, weil ich eine Solidaritätskundgebung für die 1956/57 streikenden Werftarbeiter in Schleswig-Holstein auf dem Kirchheimer Marktplatz organisierte (und niemand wollte Strom geben für die Lautsprecheranlage). Bei Stumpp und Schüle in Beuren wurde das Verbot durch den kämpferischen Einsatz des damaligen Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Meister aufgehoben; danach war es auch nicht mehr von den anderen Betrieben zu halten.

Entmutigendes lag oft ganz dicht neben erhebenden Erlebnissen, ganz besonders wenn Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter trotz Existenzangst standhaft blieben. Sie wollten ja nur das ihnen zustehende Recht anwenden.

Einmal gab die Geschäftsleitung der AEG in Kirchheim/Teck die Anweisung, mich nicht in den Betrieb zu lassen. Dort fand eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute statt, zu der ich ein-

geladen war. Davon hörten die Versammelten. Die spontane Reaktion war: Dann holen wir ihn eben am Fabriktor ab, und wenn er nicht durchs Tor gehen darf, dann tragen wir ihn eben über die Schwelle. Gesagt, getan!

Die solidarischen und kollektiven Handlungen vieler Arbeitnehmer und IG Metalller waren meine schönsten Erlebnisse. Das Miteinander und Unterhaken in schwierigen Situationen: ein Glücksgefühl, das man nur auf diese Weise kennenlernt. Ich empfinde große Dankbarkeit dafür, dass ich dies erleben durfte. Es hat mein Leben geprägt und bereichert.

Und noch etwas entstand, entwickelte sich in mir seit der Zugehörigkeit zur IG Metall, seit meinem Beitritt: das Gerechtigkeitsgefühl. Es ist mehr als das Mitleid und Mitleiden für ein einzelnes Schicksal. Es ist die Verpflichtung, die vielen, denen Unrecht geschieht, nicht zu vergessen.

Deshalb hoffe ich, dass die junge, jetzige Arbeitnehmergeneration nicht an der Gewerkschaftsorganisation vorbei in die Vereinzelung und Vereinsamung hineinläuft. Ohne den solidarischen Prozess würde eine Gesellschaft immer mehr menschlich austrocknen und das Prädikat, gerecht zu sein, in weite Ferne rücken. ◀



Lothar Zimmermann (Mitte) zusammen mit Franz Steinkühler und dem früheren DGB-Chef Ernst Breit, der auch auf dem '83er-Bild in der vordersten Reihe mitgeht